

Ist Israel ein demokratischer Rechtsstaat?

(2. Sep. 2010) - 40. Tag des Hungerstreiks von Firas Maraghy vor der israelischen Botschaft in Berlin

Seit dem 26. Juli befindet sich der Ost-Jerusalemmer Firas Maraghy (39) im Hungerstreik vor der israelischen Botschaft in Berlin. Diese weigert sich seine Frau, Wiebke Diehl, sowie seine sieben Monate alte Tochter Zaynab zu registrieren. Genau das wäre die Voraussetzung dafür, daß sich Maraghy mit seiner Familie in seiner Heimatstadt Ostjerusalem niederlassen könnte, wo die Maraghys seit mindestens drei Generationen leben.

Anderen Bewohner Jerusalems bietet die Botschaft diesen Service selbstverständlich an. Nicht aber Maraghy, denn Firas Maraghy ist Palästinenser.

Der formale Grund für das Verhalten der Botschaft ist, daß Firas Maraghy staatenlos ist. In diesem Status der Duldung befinden sich alle palästinensischen Bewohner Ost-Jerusalems, nachdem Israel die Stadt 1967 eroberte und später rechtswidrig annektierte. Seitdem haben die Palästinenser Ost-Jerusalems – heute circa 250.000 - den Status von geduldeten Einwanderern in ihrer eigenen Heimatstadt.

Grundgesetz Art. 16, Absatz 1 besagt, daß die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Basis von Gesetzen entzogen werden darf. Das aber auch nur dann, wenn die Betroffenen dadurch nicht zu Staatenlosen werden. Das hatten die Väter und Mütter des Grundgesetzes aus der deutschen Geschichte gelernt.

Verlässt ein Palästinenser Ost-Jerusalem länger als sieben (bisher!) Jahre, so entziehen ihm die israelischen Behörden das Wohnrecht.

Die von Israel unterzeichnete UN-Menschenrechtscharta sagt in Artikel 13, Abschnitt 2: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

Im Fall Maraghys haben die Behörden die Regeln geändert. Er soll nun schon nach zweieinhalb Jahren das Wohnrecht verlieren. Kehrt er nicht bis Mai 2011 nach Jerusalem, für mindestens anderthalb Jahre, zurück, so verliert er sein Wohnrecht. Sind seine Frau und seine Tochter bis dahin nicht registriert, so könnten sie ihn bestenfalls als Touristen begleiten, und müssten regelmässig und kostspielig ein- und wieder ausreisen.

Die israelischen Behörden zwingen damit Firas Maraghy, sich zwischen seiner Familie und seiner Heimatstadt zu entscheiden.

Das Grundgesetz sagt in Artikel 6, Absatz 1: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die UN-Menschenrechtscharta sagt in Artikel 16, Abschnitt

3: „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.“

In Israel als jüdisch anerkannte Bürger kennen derartige Probleme nicht. Sie können Jerusalem so lange verlassen wie sie mögen und sogar eine weitere Staatsbürgerschaft annehmen. Ein 1950 erlassenes Gesetz ermöglicht sogar jedem Menschen die ‚Rückkehr‘ nach Israel, der nach israelischen Normen als jüdisch gilt.

Firas Maraghy – gebürtig in Jerusalem – soll jedoch möglichst nicht in seine Heimatstadt zurückkehren, denn er ist nicht jüdisch.

Das Grundgesetz sagt in Artikel 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Artikel 7 der UN-Menschenrechtscharta sagt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz.“

Der Fall Maraghy ist dabei mitnichten ein Einzelfall. Allein im Jahre 2008 entzogen israelische Behörden über 4.500 Palästinensern das Wohnrecht in Ost-Jerusalem.

Das Problem ist auch nicht auf Ost-Jerusalem begrenzt. In den israelisch besetzten Gebieten werden regelmäßig palästinensische Siedlungen zerstört – oft nachdem man ihnen zuvor Wasser und Strom gekappt hat. Erst im Juli traf es die 120 Bewohner von 'El-Farsiya'. Die israelischen Behörden zerstören auch palästinensische Siedlungen im israelischen Kernland: Im Negev existieren c.a. 40 Siedlungen mit über 80.000 Bewohnern, die auf keiner Karte verzeichnet sind, und die jederzeit zerstört werden können. So wie 'Al-Arakib', eine kleine Siedlung mit 400 Einwohnern, die erst im August zerstört wurde.

Auch dafür gibt es Gründe: Die Städte- und Landschaftsplanung in Israel sieht schlicht keine neuen Siedlungen für Palästinenser vor, die c.a. 20% der Bevölkerung stellen. Palästinenser bekommen im Regelfall keine Baugenehmigungen – auch nicht auf eigenem Grund – und können bei der halbstaatlichen Institution, die ca. 90% des Landes kontrolliert, Land weder kaufen noch pachten. Nicht anders verhält es sich in den besetzten Gebieten, speziell in der sogenannten Zone „C“, die c.a. 60% der Fläche der besetzten Gebiete ausmacht.

Aus diesem Grund gibt es in der – laut eigener Werbung – ‚Einzigsten Demokratie des Nahen Ostens‘ nicht nur ein öffentliches Komitee gegen Folter, sondern auch eines gegen Hauszerstörungen.

Stichworte: ICAHD, B'tselem, Hamoked, Adalah, zochrot, PCATI, machsom watch, AIC, addameer, PNN, maan news, imemc, ISM, OCHA.